



Unterbezirksparteitag der SPD Potsdam am 05. Juli 2025

Beschlussbuch

Stand: 04.11.2025

Inhaltsverzeichnis

Antrag 01 1 2025: Bürgerräte	3
Antrag 02 1 2025: Erwiesene Verfassungsfeinde aus rechtsextremen Parteien nach Einzelfallprüfung aus Staatsdienst entfernen	4
Antrag 03 1 2025: Park Sanssouci für alle!	5
Antrag 04 1 2025: Schutz der Synagoge in Potsdam	6
Antrag 05 1 2025: Sozialberatung (Neu Landesebene)	7
Antrag 05 a 1 2025: Sozialberatung (Neu Unterbezirksebene)	8
Antrag 06 1 2025: Wir lassen Solo-Eltern nicht allein	9

01 | Anträge zum Parteitag der SPD Potsdam

1 **Antrag 01 | 1 | 2025: Bürgerräte**

2 **Antragsstellende Gliederung/AG: SPD-OV Potsdam-West**

3 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in geänderter Fassung, OV P West wird
4 aufgefordert zum nächsten LPT einen Antrag zur Einführung von Bürger*innenräten im
5 Land BB zu verfassen

6 **Beschluss des Parteitages: angenommen**

7

8

9 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

10 Die SPD Stadtfraktion wird aufgefordert, in der Stadtverordnetenversammlung eine
11 Initiative zur Einsetzung zeitlich befristeter Bürger*innenräte zu wesentlichen Themen der
12 Stadtentwicklung in Potsdam zu ergreifen. Mögliche Themen für Bürger*innenräte
13 könnten sein: Die Wohnungs- und Mietensituation in der Stadt; Entwicklung eines
14 Konzepts zur klimaneutralen Stadt; Räume für junge Menschen; Hitzeschutzkonzept;
15 Entwicklung des ÖPNV; Entwicklung neuer Verkehrskonzepte.

16

17 Die Bürger*innenräte sollen Empfehlungen erarbeiten, die von den politischen Gremien
18 der Stadt zu würdigen und zu berücksichtigen sind, ohne letztlich verpflichtend zu sein.
19 Während ihrer Arbeit sollen die Bürger*innenräte das Recht haben, Fachleute zur Beratung
20 anzufordern und beizuziehen. Die politischen Gremien der Stadt sind verpflichtet, den
21 Bürger*innenräten nach Ablauf einer gewissen Zeit transparent zu berichten und zu
22 erklären, welche der Empfehlungen umgesetzt werden konnten und welche nicht.

23 Dem Land Brandenburg sollte empfohlen werden, die Kommunalverfassung um die
24 Möglichkeit der Einsetzung von Bürger*innenräten in den Gemeinden zu ergänzen.

01 | Anträge zum Parteitag der SPD Potsdam

25 **Antrag 02 | 1 | 2025: Erwiesene Verfassungsfeinde aus rechtsextremen Parteien nach**

26 **Einzelfallprüfung aus Staatsdienst entfernen**

27 **Antragsstellende Gliederung/AG: SPD-OV Potsdam-West, Jusos Potsdam**

28 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung**

29 **Beschluss des Parteitages: Antrag in geändert Fassung abgelehnt**

30

31

32 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

33 Weiterleitung an Landesparteitag

34

35 Die SPD Potsdam fordert die SPD Landtagsfraktion und den SPD Landesvorstand dazu auf,
36 darauf hinzuwirken, dass alle Beamt*innen und Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit
37 AfD-Mitgliedschaft einer Einzelfallprüfung unterzogen werden. Es muss geprüft werden,
38 ob diese zusätzlich zu ihrer Mitgliedschaft die rassistischen, national-völkischen und
39 rechtsextremen Positionen der Partei unterstützen und für diese einstehen.

40

41 Wenn dies der Fall ist, muss es das Ziel sein, diese Verfassungsfeinde aus dem Staatsdienst
42 zu entfernen, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen. Wir
43 fordern - auch von der Spitze des Innenministeriums - gegen erwiesene Verfassungsfeinde
44 und extremistische Parteien nicht nur politisch, sondern auch juristisch entschieden
45 vorzugehen und entsprechende Verfahren einzuleiten.

46 Bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst soll bei einer bekannten AfD-Mitgliedschaft
47 geprüft werden, ob Bewerber*innen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung
48 eingestellt sind und somit nicht angestellt werden sollten.

01 | Anträge zum Parteitag der SPD Potsdam

49 **Antrag 03 | 1 | 2025: Park Sanssouci für alle!**

50 **Antragsstellende Gliederung/AG: SPD-OV Potsdam-West**

51 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung**

52 **Beschluss des Parteitages: Annahme in geänderter Fassung**

53

54

55 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

56 Die SPD Potsdam sieht den Park Sanssouci und die weiteren Parks der Stiftung Preußische

57 Schlösser und Gärten (SPSG) als integralen Bestandteil der Erholungsflächen der Stadt

58 Potsdam an.

59

60 Als Sozialdemokraten bekennen wir uns dazu, dass diese Flächen für alle erreichbar sein

61 müssen. Daher streben wir nach wie vor einen kostenfreien Zutritt in den Park Sanssouci

62 an.

63

64 Die SPD-Stadtfraktion soll darauf hinwirken, dass der Ökonomieweg in jedem Fall frei

65 zugänglich bleibt, damit Fahrradfahrer*innen weiterhin diesen Weg benutzen können, wie

66 es auch im Radverkehrskonzept der Stadt vorgesehen ist. Hierzu soll Kontakt zur

67 Schlösserstiftung aufgenommen werden.

05. Juli 2025

ORDENTLICHER PARTEITAG

DER SPD POTSDAM

Beginn: 10 Uhr



01 | Anträge zum Parteitag der SPD Potsdam

68 **Antrag 04 | 1 | 2025: Schutz der Synagoge in Potsdam**

69 **Antragsstellende Gliederung/AG: SPD-OV Potsdam-West**

70 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

71 **Beschluss des Parteitages: angenommen**

72

73

74 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

75 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, den ausreichenden

76 Schutz der Synagoge in Potsdam durch bewaffnete Polizeikräfte bzw. Objektschutz

77 sicherzustellen. Hier soll sich an der Praxis aus anderen Bundesländern orientiert werden.

78 Zudem soll geprüft werden, wie die Anzahl der hauseigenen Sicherheitskräfte aufgestockt

79 werden kann, um die Sicherheit der Synagoge zu gewährleisten.

01 | Anträge zum Parteitag der SPD Potsdam

80 **Antrag 05 | 1 | 2025: Sozialberatung (Neu Landesebene)**

81 **Antragsstellende Gliederung/AG: SPD-OV Potsdam-West**

82 **Empfehlung der Antragskommission:** Antragsteller hat zugesagt, den Antrag ggf. nach
83 dem LPT zurückzuziehen, wenn der Leitantrag in der aktuellen Fassung beschlossen wird

84 Mehrheitlich zur Annahme empfohlen

85 **Beschluss des Parteitages: zurückgezogen**

86

87

88 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

89 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, zu prüfen, ob eine Sozialberatung durch die
90 Gliederungen der SPD etabliert werden kann.

91 Da bereits Gliederungen der SPD Sozialberatungen anbieten (bspw. die SPD Berlin und die
92 SPD Bonn), soll die Landespartei sich mit diesen Gliederungen über Best Practices
93 austauschen.

94 Der SPD-Landesvorstand wird zudem aufgefordert, sich auf dem Bundesparteitag für den
95 Aufbau dieser Sozialberatungen auch in anderen Bundesländern einzusetzen.

96

97 Zum Aufbau und zur Umsetzung der Sozialberatung soll überlegt werden, ob dies
98 zusammen mit Wohltätigkeitsvereinen (AWO etc.) oder Gewerkschaften geschehen kann.

05. Juli 2025

ORDENTLICHER PARTEITAG

DER SPD POTSDAM

Beginn: 10 Uhr



01 | Anträge zum Parteitag der SPD Potsdam

- 99 **Antrag 05 a | 1 | 2025: Sozialberatung (Neu Unterbezirksebene)**
- 100 **Antragsstellende Gliederung/AG: SPD-OV Potsdam-West**
- 101 **Empfehlung der Antragskommission:** Antrag mehrheitlich zur Annahme empfohlen
- 102 **Beschluss des Parteitages: angenommen**
- 103
- 104
- 105 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**
- 106 Der Unterbezirksvorstand wird aufgefordert, zu prüfen, ob eine Sozialberatung der SPD
- 107 Potsdam etabliert werden kann. Dazu soll Kontakt zur SPD Berlin und der SPD Bonn
- 108 aufgenommen werden, um Erfahrungen aus der Praxis einzuholen.
- 109 Es soll überlegt werden, ob dies zusammen mit Wohltätigkeitsvereinen (AWO etc.) oder
- 110 Gewerkschaften umgesetzt werden kann.

111

01 | Anträge zum Parteitag der SPD Potsdam

112 **Antrag 06 | 1 | 2025: Wir lassen Solo-Eltern nicht allein**

113 **Antragsstellende Gliederung/AG: SPD-OV Potsdam-West**

114 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung**

115 **Beschluss des Parteitages: angenommen in geänderter Fassung**

116

117

118 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

119 Wir fordern die SPD-Stadtfraktion dazu auf, in der Stadtverordnetenversammlung die

120 Initiative zu ergreifen, um eine Karte für Alleinerziehende einzuführen, damit sie

121 Ermäßigungen erhalten.

122 Die Einführung der Karte soll dazu genutzt werden, Ermäßigungsangebote für

123 Alleinerziehende in stadteigenen Betrieben umzusetzen. Private Anbieter sollen angeregt

124 werden, die Karte als Ermäßigungsnachweis ebenfalls anzuerkennen.